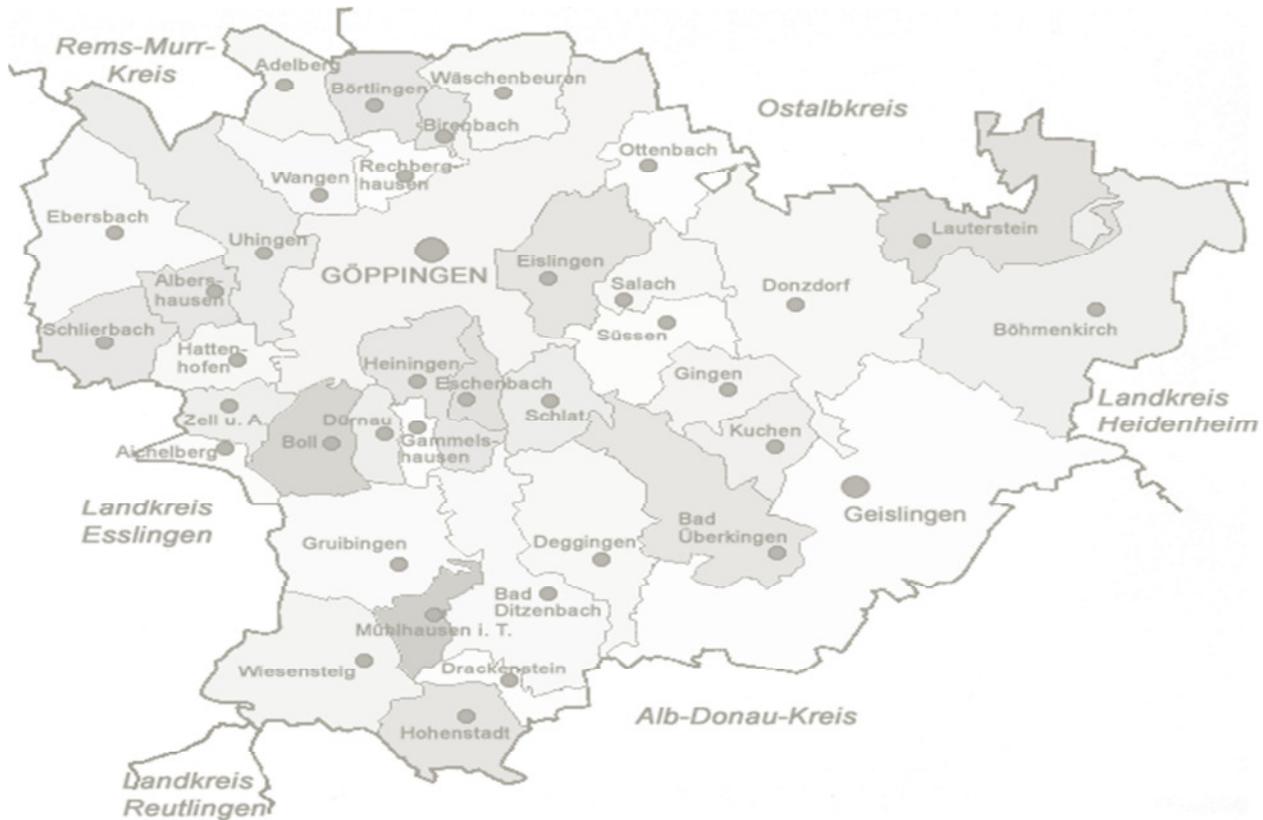


wegweisend GP 2020



Stellungnahme der C D U -Kreistagsfraktion

zum

Kreishaushalt 2015

Es gilt das geschriebene und gesprochene Wort



Anrede,

alle Wege führen nach Rom. Diese traditionelle Redewendung bezieht sich einerseits auf die Vorstellung von Rom als Mittelpunkt der Welt und wird andererseits allgemein verstanden im Sinne von „alle Möglichkeiten führen zum Ziel“. Heute führen alle wichtigen Verkehrswege, die großen Schienen- und Straßen-Transversalen, in und durch den Landkreis Göppingen.

Der Ausbau endet allerdings abrupt im Landkreis. Und der Weiterbau geht trotz manch angekündigter Erwartung nächstes Jahr nicht weiter. Dies sorgt also weiterhin für Stau sowie Belastungen und steht einer prosperierenden Entwicklung im Wege.

Dass nicht alle Wege rasch ans Ziel führen, das war allerdings nicht erst die Erfahrung der letzten Wochen.

Auch wir im Landkreis haben mit unseren Bausteinen einen zukunftsfähigen Landkreis zu bauen.

Wir wären schon weiter, wenn wir miteinander intensiv über Strategien und Strukturen diskutiert hätten.

Wir wären weiter, wenn wir Ziele präziser definiert und priorisiert hätten.

Wir wären weiter, wenn wir uns auf Geschwindigkeiten, Entfernungen und Zeitabläufe verständigt hätten.

Wir müssen endlich miteinander Strategien sowie zukünftige Strukturen diskutieren.

Wir sind ein Landkreis mit Perspektiven und vielen Chancen.

Es liegt an uns, sie zu nutzen,

Es liegt an uns, dies miteinander bewusster und transparenter zu machen.

Es liegt an uns, zusammen mit unseren Partnern die Wege mit entsprechenden Wegweisern auszubauen.

Im Haushaltsentwurf 2015 sind im Vorbericht **12 Bausteine** für eine ganzheitliche und zukunftsorientierte **Kreisentwicklung** genannt. Die Finanzierung der Bausteine



ist jedoch nicht vollumfänglich im Haushaltsplanentwurf enthalten. Offen sind beispielsweise die Kosten für den Neubau der Klinik, Kosten für den Ausbau des SPNV sowie die Kosten für die Weiterentwicklung des ÖPNV oder die Kosten für das Projekt Landratsamt 2015+.

Wegweisend wird hier das Finanzierungskonzept 2020 sein, das wir im März 2015 erwarten dürfen. In diesem Konzept sollen die Kosten für die Projekte nach Best-Case- und Worst-Case- Szenarien dargestellt und der Verwaltung sowie dem Kreistag eine wichtige Basisinformation für künftige Entscheidungen und Haushaltsspielräume geben.

Die CDU-Fraktion begrüßt, dass mit dem Finanzkonzept einer jahrelangen Forderung unserer Fraktion nachgekommen wird.

Wir wissen die Arbeit des „Finanzteams“ um Kreiskämmerer Stolz zu schätzen, das schon über einen längeren Zeitraum hinweg in Unterzahl Höchstleistungen erbringt. Was uns bisher noch fehlt, das ist eine Priorisierung der Projekte durch die Verwaltung. Letztendlich wird der Kreistag über die Umsetzung und die Volumina der einzelnen Projekte entscheiden, für die politische Diskussion ist eine Priorisierung der Verwaltung aus unserer Sicht jedoch unerlässlich.

Ich verweise auf unsere **Anträge in den letzten Jahren**.

*(Zu unseren **Anträgen**: aus Zeitgründen kann ich nicht alle Anträge (ausführlich) ansprechen. Ich verweise ich auf die schriftlichen Ausformulierungen)*

Wir müssen uns auch die Frage stellen und dann klären: **Wie** können wir die Projekte finanzieren? **Welche Last** können wir den kommenden Generationen aufbürden? Können wir uns überhaupt **alle 12 Bausteine** in den kommenden Jahren **leisten**? Welchen finanziellen Spielraum müssen wir für künftiges politisches Gestalten erhalten?

Wir halten es für wegweisend, schon zu dem frühestmöglichen Zeitraum die Fragen der Finanzierung der Projekte zu beantworten. Es macht wenig Sinn, weiter an einer



Projektentwicklung zu arbeiten, die aus finanzieller Sicht nicht zur Umsetzung kommen kann.

A₀₁: Wir beantragen eine Priorisierung der 12 Bausteine.

A₀₂: Wir beantragen, im Finanzkonzept 2020 die Finanzierung **aller** wichtigen Projekte und geplanter Maßnahmen mit vorausschauender Darstellung aller Aufgabenstellungen (auch aus den Beteiligungsunternehmen) zu erstellen, das die Finanzierung **aller** wichtigen Projekte und geplanter Maßnahmen aufzeigt.

Ergänzend dazu beantragen wir,

A₀₃: darzustellen, wie finanzielle Verbesserungen im Haushalt zum Aufbau einer Rücklagenbildung für Finanzierung von Großprojekten gebildet werden können.

Wir sind schon lange zu einer **Strategie- und Strukturdiskussion** bereit.

Und wir haben auch Prioritäten gesetzt:

Für uns sind die **Kliniken absolut vorrangig**. Der Neubau in Göppingen ist wegweisend und für die Zukunft im Landkreis Göppingen von großer Bedeutung.

Der Neubau verfolgt konsequent **das politische Ziel, im Landkreis Göppingen eine Klinik an zwei Standorten auf hohem medizinischem Niveau zu erhalten**.

Die CDU-Fraktion ist immer schon ein verlässlicher Partner für wegweisende Investitionen im Landkreis.

Daher bekräftigen wir **unser klares Ja zum Neubau in Göppingen**.

Wir begrüßen und anerkennen die hervorragenden Leistungen in beiden Häusern.

Das Ziel ist unverändert: Das Konzept zum Abbau des Defizites der Kliniken wird, ohne die Qualität zu reduzieren, Schritt für Schritt umgesetzt.

A₀₄: Wir beantragen, im Finanzkonzept 2020 auch vergleichend und bewertend die Finanzierungsmöglichkeiten der für die ALB FILS Kliniken notwendigen Investitionen darzustellen, um dann darüber zu befinden, wer künftig bei den Investitionen Ersatz- und Unterhaltungskosten trägt.



Wo stehen wir? Wo wollen wir hin?

Nur wer sein Ziel kennt, findet den Weg.

Um besser zu erkennen, wo unsere Stärken und Schwächen sind, um Ziele zu definieren, vergleichen wir jedes Jahr den Landkreis Göppingen mit den anderen Landkreisen.

Das Ergebnis – auch aufgrund der Prognos-Studie – lässt sich in 2 Punkten zusammenfassen:

- Positiv formuliert: Der Landkreis Göppingen hat sich um 105 Plätze verbessert und ist einer der **Top-Aufsteiger**.
- Negativ formuliert: Alle Nachbarlandkreise sowie alle Kreise in der Region sind besser – der Landkreis Göppingen bleibt in diesem Vergleich leider **Schlusslicht**.

Wir sind zwar **deutlich besser** geworden, doch noch stehen die umliegenden Kreise vor uns.

Massive **Entschuldung, Weiterentwicklung** vor allem bei den **Kliniken**, im **Tourismus** sowie als **Bildungsstandort** und das **große bürgerschaftliche Engagement** sind die Stärken des Landkreises.

Die Schwachpunkte sind nach wie vor die **Verkehrsinfrastruktur**, die **überdurchschnittlichen Sozialausgaben**, die **geringere Investitionskraft** sowie **Großbaustellen**, von denen noch verbindliche und verlässliche Ausbaupläne fehlen und deren Finanzierung noch geklärt werden muss.

Unsere kreispolitischen Akzente müssen daher ausgerichtet sein, **noch besser zu werden**.

GP 2020 – ein handlungsfähiger Landkreis mit Herz und Zukunft.

Dies ist und bleibt das Ziel - dafür wollen und werden wir die Weichen stellen.



Der Teilhaushalt **Jugend und Soziales** hat den mit Abstand größten Zuschussbedarf im Kreishaushalt.

Die Qualität einer Gesellschaft spiegelt sich auch in ihrer Sozialpolitik. Deshalb ist die **soziale Sicherung**, die immer wieder vor großen Herausforderungen steht, ein sehr großes Handlungsfeld.

Im Mittelpunkt stehen aktuell die Flüchtlinge.

Auch wir im Landkreis Göppingen wollen und werden Flüchtlingen Heimat bieten.

In diesem Jahr sind Einrichtungen in Betrieb gegangen, die Flüchtlingen und Asylbewerbern aus vielerlei Ländern mit unzähligen Einzelschicksalen und Geschichten übergangsweise Heimat und Unterkunft bieten. Nicht alle Betreuungsangebote, die wünschenswert wären, können von den Hauptamtlichen angeboten werden. Es gilt, unsere Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen und dafür zu sorgen, dass die Asylsuchenden im Landkreis Göppingen weiterhin eine Willkommenskultur vorfinden, sich zuhause fühlen, ihre Erfahrungen verarbeiten können und sich hoffentlich wieder auf eine neue Zukunft freuen dürfen. In den Städten und Gemeinden gibt es dazu eine Vielzahl von Angeboten, die von ehrenamtlich Engagierten unterstützt und auf den Weg gebracht werden. Das Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger und die Offenheit, mit der auf die Menschen zugegangen wird, sind bemerkenswert und verdienen großen Respekt und Anerkennung. Für die CDU ist es wichtig, dass dieses Ehrenamt im Landkreis so vielfältig vorhanden ist.

A₀₅: Deswegen beantragen wir einen ausführlichen Bericht zur Lage der Asylbewerber in unserem Landkreis und eine ausführliche Darstellung der verschiedenen Angebote und Kooperationen mit den Städten und Gemeinden.

Die **Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ist ein wichtiges Ziel**, das mit dem neuen Landesbehindertengleichstellungsgesetz von der Landesregierung verfolgt wird. Das Gesetz wird im Januar 2015 in Kraft treten. Für die CDU-Fraktion ist es



wichtig, bereits frühzeitig zu erfahren, wie die Landkreisverwaltung die Umsetzung des Gesetzes in Bezug auf die neuen Anforderungen an die Behindertenbeauftragten sieht und wie die Landkreisverwaltung die Zielvorgaben des Gesetzes umsetzen will.

A₀₆: Die CDU-Fraktion beantragt einen Bericht im Sozialausschuss zur Umsetzung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes.

Für ***schwerstbehinderte Menschen*** bedeutet ***Teilhabe am gemeinschaftlichen Leben*** vor allem die Möglichkeit, Angebote innerhalb des Landkreises wahrzunehmen und eine Fahrmöglichkeit zur Verfügung zu haben. Zum Jahresbeginn 2012 wurde die Richtlinie für die Inanspruchnahme von Spezialbeförderungsdiensten durch schwerstbehinderte Menschen für den Landkreis Göppingen neu geregelt. Insgesamt wollte der Landkreis eine kostenneutrale Regelung erreichen - die Anbieter erhalten eine erhöhte Kilometerpauschale, gleichzeitig wurde der Kreis der Nutzungsberechtigten eingeschränkt. Es ist nach rund 2 Jahren interessant, eine Bilanz zu ziehen und zu sehen, wie viele schwerstbehinderte Menschen sich den Spezialbeförderungsdienst noch leisten können.

Außerdem ist es interessant zu wissen, wie das Antragsformular verändert wurde - der Sozialausschuss hatte bei der Neuregelung eine Vereinfachung angeregt.

A₀₇: Die CDU-Fraktion beantragt einen Bericht im Sozialausschuss zu den Regelungen innerhalb des Landkreises zu den Spezialbeförderungsdiensten für schwerstbehinderte Menschen.

Im Jugendhilfeausschuss am 14. 07. 2014 konnte unserem Berichts Antrag aus dem Jahr 2013 über die Stellensituation in der ***Schulsozialarbeit*** und in der ***Offenen Jugendarbeit*** nur teilweise entsprochen werden, weil noch nicht genügend ausreichende Erfahrungswerte vorliegen würden.

A₀₈: Wir wiederholen daher unseren Antrag erneut.



Das Gelingen der **Integration von Kindern, Jugendlichen und Familien mit Migrationshintergrund** ist uns ein besonderes Anliegen. Mit der Konzeptionsentwicklung und Vorlage des **Projekts „Vielfalt als Chance“** hat der Landkreis einen entscheidenden Schritt in die richtige Richtung getan. Wir beantragen, im Jugendhilfeausschuss darüber zu berichten, welche Einzelschritte und welche geplanten Maßnahmen bereits umgesetzt wurden und welche weiteren Schritte – auch im Blick auf das Einwerben von Fremdmitteln - geplant sind. Die erfolgreiche Umsetzung und abschließende positive Außenbewertung der Initiativen **„Familientreffs im Landkreis“** bestärkt uns darin, in diesen Bereichen weitere Akzente zu setzen.

A₀₉: Wir beantragen zu prüfen

- a) an welchen Standorten weitere Familientreffs eingerichtet werden könnten und
- b) in welchem Umfang das Projekt „KiFa“ über die Projektkindergärten in Geislingen und Ebersbach hinaus auf weitere Standorte übertragen werden kann.

Mit einiger Sorge haben wir in den letzten Tagen aus der Presse entnommen, dass die Stadt Stuttgart in einem Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht unterlegen ist, weil die Stadt den **gesetzlichen Anspruch auf einen Kita-Platz** nicht erfüllen kann.

A₁₀: Um die Situation und Bedarfslage im Landkreis Göppingen aktuell einschätzen zu können, beantragen wir zeitnah einen Bericht zum Ausbaustand und der tatsächlichen Belegung von Kindertagesplätzen in den einzelnen Kommunen.

Der Vorrang **ambulanter Jugendhilfemaßnahmen vor stationären**

Heimunterbringungen hat in den vergangenen Jahren erkennbar auch zu einer wirtschaftlich vertretbaren Jugendhilfe beigetragen. Zunehmend stößt dieses Bestreben aber an seine Grenzen, und die steigenden Fallzahlen von Inobhutnahmen machen es notwendig, Kinder und Jugendliche aus ihren Familien



herauszunehmen. Die Verwaltung war hier sehr bemüht, die Unterbringung in Pflegefamilien zu ermöglichen und hierfür über die Medien zu werben.

A 11: Wir beantragen in einer der nächsten Jugendhilfeausschusssitzungen stationäre Jugendhilfemaßnahmen ausführlich darzustellen und über die Lösungswege und –erfolge zu berichten.

Seit Jahren steht im Raum, dass **Suchtgefährdete** und insbesondere Heroinabhängige in den einschlägigen Arztpraxen nicht mehr versorgt werden können, weil es nicht mehr genügend Ärzte gibt, die sich dieser Aufgabe stellen.

A 12: Wir beantragen, die aktuelle Situation zur Suchtprävention darzustellen und über die Weiterentwicklung der psychosozialen Begleitung von Substituierten zu berichten.

Der **Kreisjugendring** hat in den vergangenen Jahren seine Stellensituation kontinuierlich ausgebaut mit der Begründung, dass er sein Aufgabenspektrum stark erweitern würde und insbesondere neue Projekte initiieren und die hierfür notwendigen finanziellen Mittel einwerben würde.

A 13: Wir beantragen, den Kreisjugendring im JHA berichten zu lassen, welche Projekte entwickelt und welche Projektmittel akquiriert werden konnten.

Im Landkreis Göppingen ist für die unterschiedlichsten Zielgruppen und Themen eine **Vielfalt von Beratungsangeboten** entwickelt worden, um Kindern, Jugendlichen und Familien entsprechende Hilfsangebote anbieten zu können. Ähnlich dem „Kompass Schule-Beruf“ würden wir es als hilfreich ansehen, wenn den verschiedensten politischen Gremien, den Ämtern, Schulen, Trägern der Sozialhilfe oder Freien Trägern ein ähnliches Instrument zur Verfügung stehen würde.

A 14: Wir beantragen zu prüfen, ob für den Landkreis ein „**Sozialkompass**“ (Wegweiser für die Beratung von Kindern, Jugendlichen und Familien im Landkreis Göppingen) entwickelt werden kann und welche personellen und finanziellen Aufwendungen damit verbunden wären.



Umwelt

Umweltpolitisch sind wir gut aufgestellt.

Dies belegt auch eine repräsentative Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen vom letzten Jahr. **94 %**, also fast alle Befragten, sind mit der Müllentsorgung **mehr als zufrieden**. Dieses Ergebnis spricht für sich. Wir nehmen die Meinungen und Sorgen der Bürger ernst. Dieses Ergebnis muss nicht nur für uns Grundlage unseres Handelns sein.

Weiterhin konstruktiv und kritisch begleiten wir das neue **Abfallwirtschaftskonzept** des Landkreises.

A₁₅: Wir warten gespannt im Herbst auf einen ersten Erfahrungsbericht über das neue Abfallwirtschaftskonzept, vor allem über die Einführung des Biobeutels.

Mit dem **Klimaschutzkonzept** haben wir ein nachhaltiges Konzept verabschiedet.

Wir unterstützen die engagierte Arbeit der **Energieagentur**. Doch nach wie vor können wir nicht erkennen, ein energieautarker Landkreis zu werden.

A₁₆: Wir beantragen einen **Klimaschutzbericht GP 2015**, der auch die Umsetzung des Konzeptes (finanzielle Aufschlüsselung der Maßnahmen in Höhe von 2,8 Mio. €) beinhaltet.

Ausführlich haben wir im UVA die **Grüngutkonzeption** diskutiert. Auch dazu haben wir vor allem im UVA, bestärkt durch Anregungen und Rückmeldungen, ausführlich Stellung bezogen.

A₁₇: Wir beantragen einen Bericht über den aktuellen Stand der Umsetzung der Grüngutkonzeption (u.a.: Standorte der verschiedenen Plätze, Ergebnisse der Gespräche mit den Städten und Gemeinden)

A₁₈: Wir erneuern unseren Antrag, die unterschiedlichen Kosten für Sammelplätze und für Grüngutplätze im Landkreis zu erläutern sowie einen Kostenvergleich mit Nachbarlandkreisen durchzuführen.

Verkehr

Höchste Priorität für den Landkreis, weil die übergeordneten Straßen von zentraler Bedeutung sind, hat ein sofortiger **Datenabgleich**.



Es kann und darf nicht sein, dass Berlin andere Zahlen hat als Stuttgart.

Es kann und darf nicht sein, dass in Stuttgart niemand nach den Berliner Zahlen fragt.

Und es kann und darf nicht sein, dass vom Landkreis – vor allem nach all den „Vorgeschichten“ (fehlende Ordner ...) - nicht vorher die Zahlen und Daten auf Vollständigkeit und auf Übereinstimmung überprüft worden sind.

Das „Schwarze Peter Spiel“ findet nun seine Fortsetzung in einem „Monopoly-Spiel“, das in Stuttgart allerdings eine andere Straßenfolge hat als in Berlin. Warum und woran es liegt – wir wissen es nicht.

Nur, um beim „Monopoly“ zu bleiben:

B 10 und A 8 sind und bleiben für uns die Parkstraße und die Schlossallee.

Wir brauchen den raschen Aus- und Weiterbau, wir brauchen die schnellen Verbindungen im Landkreis und durch den Landkreis.

B 10 und A 8 haben als nationale und europäische Magistralen nicht nur für den Landkreis sehr große Bedeutung. Wir gehen nach wie vor davon aus, dass der

Weiterbau beider Maßnahmen im Zeitplan finanziert werden kann:

mit Mitteln aus der Maut und wenn das Land die Mittel abruft.

A₁₉: Wir beantragen für die Planfeststellung der A 8, mit den betroffenen Gemeinden im oberen Filstal eine Stellungnahme auszuarbeiten.

A₂₀: Wir beantragen, zum Weiterbau der B 10

- einen „Datenabgleich“ (vor allem bezüglich der unterschiedlichen Kosten bei Land und Bund) durchzuführen
- ein Dringlichkeits-Gespräch vor Ort mit Vertretern von Bund und Land durchzuführen
- mit den Abgeordneten, der Bürgeraktion, den Städten und Gemeinden sowie dem Kreistag weitere Maßnahmen zu besprechen und zu koordinieren.



Auch die **Vernetzung der Verkehrsmittel** hat hohe Priorität.

Seit Jahren werden wir beim Thema Schiene immer wieder mit neuen Gutachten hinsichtlich Machbarkeit und Kosten vertröstet. Im Juli 2009 glaubten wir schon an den Durchbruch, doch schon ab August 2009 gab es immer wieder Verzögerungen und Verspätungen, weil ständig neue Zwischenstopps und Warteschleifen eingebaut worden sind.

Unser Ziel ist und bleibt ein Taktverkehr mit S-Bahn-Qualität in einem Halbstundentakt im ganzen Kreis sowie aus dem Kreis und in den Kreis (aus beiden Richtungen).

A₂₁: Wir beantragen, die Verhandlungen mit dem Land zu den Qualitätskriterien für ein SPNV-Angebot im Filstal mit folgender Zielsetzung zu führen:

- Nahverkehr mit S-Bahn-Qualität
- Durchbindung der RB bis Geislingen
- Halbstundentakt (im Kreis und aus bzw. in den Kreis)

Und dem UVA regelmäßig über den aktuellen Stand zu berichten.

Zum **Nahverkehrsplan**, der im Januar eingebracht werden soll, verweise ich auf unsere Ausführungen der letzten Jahre und wiederhole unseren Antrag vom letzten Jahr:

A₂₂: Wir beantragen einen Nahverkehrsplan mit einem Finanzierungskonzept sowie eine (zeitliche) Priorisierung der Maßnahmen durch die Verwaltung.

Unsere Ziele dabei sind nach wie vor:

- schrittweiser Ausbau, der finanziell leistbar ist
- Stärkung der Binnennachfrage
- gute Vernetzung
- im Takt bleiben

Zur Transparenz der Aufwendungen

A₂₃: beantragen wir beim Teilhaushalt 07 „Bauen, Planung und Umwelt“ eine Darlegung der einzelnen Aufwendungen bei 51.10.06 sowie bei 51.10.07.



Vom Land ist die Förderung kommunaler Verkehrsprojekte nach dem Landesverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) umgestaltet worden, d.h. der Fördersatz wurde reduziert.

A₂₄: Wir beantragen, den UVA zu informieren, ob dies Auswirkungen für den Landkreis Göppingen hat – und wenn ja, in welchem Umfang?

Mehr GP

Unter der Überschrift **mehr GP** fasse ich einige wichtige Bereiche zusammen.

Schneller, das müssen nicht nur Motto und Zielsetzung, sondern auch Ergebnis bei der **Wirtschaftsförderung** (Thema **Breitbandentwicklung**) sein.

Steigende Besucher- und Übernachtungszahlen, das muss das Ziel der beiden **Tourismusverbände** bleiben.

Auf unseren Antrag wurde ein „Runder Tisch“ zur **regionalen Schulentwicklung** eingerichtet.

Nicht mehr, sondern **Gleiches für alle Schularten** – das fordern wir nicht nur für die Schulen in Trägerschaft des Landkreises. Wenn es der Landesregierung ernst mit dem **Schulfrieden** ist, dann muss die Bevorzugung der neuen Schulart endlich aufhören.

GP steht auch für **gutes Personal**. Anerkennend nehmen wir wahr, dass gute und qualifizierte Arbeit geleistet wird.

Wir nehmen aber auch (Personalbericht) eine große Fluktuation sowie größere Belastungen wahr. Dies darf nicht zu größeren/großen Problemen führen. Es muss darauf geachtet werden, nicht zu viele Baustellen gleichzeitig zu eröffnen, um den Arbeitsumfang und damit die Belastung nicht zu groß werden zu lassen.



Veränderung als Chance sehen, mit dieser Zielsetzung hat IMAKA an der Organisationsstruktur gearbeitet.

A 25: Wir beantragen, die Effizienzrendite von IMAKA aufzuzeigen.

Zentrales Anliegen der CDU war, ist und bleibt: **mehr Kreisbewusstsein.**

Kreisbewusstsein beschränkt sich jedoch nicht nur „alle Jahre wieder“ auf die Diskussion über die Kreisumlage. Die Kreisumlage wird auch dieses Jahr im Kreistag und nicht in einer Sondersitzung der Bürgermeisterversammlung entschieden.

Große Aufgaben brauchen eine starke Gemeinschaft.

Große Aufgaben erfordern ein WIR – Gefühl.

Und schließlich: ein **besseres Image des Landkreises**, zu dem nicht nur der neue Imagefilm beizutragen hat.

Nach der **Wiedervereinigung** haben wir zusammen mit den Partnern in Löbau, Zittau und Görlitz viel auf den Weg gebracht und zu einem besseren Miteinander von Ost und West beigetragen. Wir verweisen auf unseren **Antrag vom April dieses Jahres.**

2015 werden es 25 Jahre, dass die beiden Landkreise Löbau (jetzt Görlitz) und Göppingen eine Partnerschaft eingegangen sind.

A 26: Wir bitten um einen Vorschlag, wie und wann miteinander auf die Zusammenarbeit und Partnerschaft der beiden Landkreise eingegangen wird.

Nicht eine Politik „man könnte“, „man sollte“ oder „man müsste“ sowie „man könnte auch noch“ führt uns ans Ziel, sondern ein **klarer Kurs mit klaren Werten.**

Wir haben einen **wegweisenden Fahrplan** für einen **Landkreis mit Herz und Zukunft** – für **GP 2020** – vorgelegt.

Der Landkreis hat in den vergangenen Jahren nicht nur solide gewirtschaftet, sondern konnte seinen Schuldenberg deutlich abbauen. Wir gehen von dem von



Ihnen, Herr Landrat, angekündigten positiven Ergebnis auch in 2013 und 2014 aus und beantragen daher

A 27: einen unveränderten Hebesatz bei der Kreisumlage von 37 Prozentpunkten.

Namens der CDU danke ich **allen**, die sich im und für den Landkreis erfolgreich engagieren. Namentlich danke ich Ihnen, Herr Landrat Wolff, sowie Ihnen, Herr Kreiskämmerer Stolz. In diesen Dank der CDU beziehe ich auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes, seiner Dienststellen, der Kliniken, der Schulen und des AWB ein.

Herzlichen Dank sage ich auch meiner Fraktion für die sehr gute Zusammenarbeit und das freundschaftliche Miteinander.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns gute und konstruktive Beratungen zum Wohle und für eine gute Zukunft des Landkreises Göppingen.

Wolfgang Rapp

12. Dezember 2014



Anträge

- A₀₁:** Wir erneuern unseren Antrag, miteinander ein Kreisentwicklungskonzept „Zukunft im und für den Landkreis Göppingen“ zu erarbeiten, in dem Ziele, Strategien und Handlungsprioritäten festgelegt werden.
Die Verwaltung wird beauftragt, die 12 Bausteine für eine ganzheitliche und zukunftsorientierte Kreisentwicklung zu priorisieren.
- A₀₂:** Wir erneuern unseren Antrag, ein Finanzkonzept 2020 mit vorausschauender Darstellung aller Aufgabenstellungen (auch aus den Beteiligungsunternehmen) zu erstellen, das die Finanzierung **aller** wichtigen Projekte und geplanter Maßnahmen aufzeigt.
- A₀₃:** Wir beantragen darzustellen, wie finanzielle Verbesserungen im Haushalt zum Aufbau einer Rücklagenbildung für Finanzierung von Großprojekten gebildet werden können.
- A₀₄:** Wir beantragen, im Finanzkonzept 2020 auch vergleichend und bewertend die Finanzierungsmöglichkeiten der für die ALB FILS Kliniken notwendigen Investitionen darzustellen, um dann darüber zu befinden, wer künftig bei den Investitionen Ersatz- und Unterhaltungskosten trägt.
- A₀₅:** Wir beantragen einen ausführlichen Bericht im Sozialausschuss zur Lage der Asylbewerber im Landkreis Göppingen. Gleichzeitig regt die CDU-Fraktion an, eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit über die Lage von Asylbewerbern und Berichte aus einzelnen Einrichtungen zusammen mit der örtlichen Presse umzusetzen, um die Bevölkerung ausführlich zu informieren und die Bereitschaft, sich für die Belange der Asylbewerber ehrenamtlich einzusetzen, zu verbessern. Auch soll von der Landkreisverwaltung geprüft werden, inwieweit Ehrenamtliche in den einzelnen Einrichtungen zur Verbesserung der Sprachkenntnisse und Ergänzung der Sprachkurse eingesetzt werden können. Der Bericht soll folgende Punkte abhandeln und umfassen:
- Die Situation der Unterbringung im Landkreis
 - Die Betreuungssituation von Familien
 - Sachstand um den angeregten „Asylgipfel“ beziehungsweise die Kooperation mit den Städten und Gemeinden des Landkreises
- A₀₆:** Die CDU-Fraktion beantragt einen Bericht im Sozialausschuss zur Umsetzung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes (L-BGG), das am 01. Januar 2015 in Kraft treten soll. Die Landkreisverwaltung soll ihre Pläne zur Umsetzung des Landesgesetzes in Bezug auf die Stelle eines hauptamtlichen Behindertenbeauftragten und die geplante Übergangsfrist vom ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten darlegen und skizzieren, wie die Zielvorgaben des Landes im Zuge der deutlich erweiterten Beteiligung an



Projekten und Vorhaben für den Landkreis Göppingen und die Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden umgesetzt werden können.

A 07: Die CDU-Fraktion beantragt einen Bericht im Sozialausschuss zu den Regelungen innerhalb des Landkreises zu den Spezialbeförderungsdiensten für schwerstbehinderte Menschen vor allem hinsichtlich der Frage, ob es seit der Neuregelung Einschränkungen im Personenkreis gibt und wie sich diese darstellen.

Von besonderem Interesse sind dabei folgende Fragen:

- Wie viele Personen haben vor 1.1.2012 den Fahrdienst genutzt?
- Wie viele Personen bekamen ab 1.1.2012 die Bewilligung zum Fahrdienst?
- Wie ist die Entwicklung der tatsächlichen Fahrten?
- Wie ist die Entwicklung der tatsächlichen Kilometer?
- Wieviel Geld wurde aufgrund der Änderung eingespart?

A 08: Wir wiederholen unseren Antrag, im kommenden Haushaltsjahr 2015 erneut und getrennt darüber zu berichten

a) wie sich die Erhöhungen der Personalkostenzuschüsse in der Schulsozialarbeit an allen öffentlichen Schulen der Kommunen und die des Landkreises selbst auf die Stellensituation ausgewirkt haben und

b) wie sich diese Erhöhungen im Bereich der Offenen Jugendarbeit auf die Stellensituation niedergeschlagen haben.

c) Gibt es darüber hinaus schon Erfahrungsberichte bzw. realistische Einschätzung hinsichtlich Qualitätsverbesserungen bzw. Steigerung der Effizienz der Offenen Jugendarbeit?

A 09: Wir beantragen zu prüfen

a) an welchen Standorten weitere Familientreffs eingerichtet werden könnten und

b) in welchem Umfang das Projekt „KiFa“ über die Projektkindergärten in Geislingen und Ebersbach hinaus auf weitere Standorte übertragen werden kann.

A 10: Um die Situation und Bedarfslage im Landkreis Göppingen aktuell einschätzen zu können, beantragen wir zeitnah einen Bericht zum Ausbaustand und der tatsächlichen Belegung von Kindertagesplätzen in den einzelnen Kommunen.

A 11: Wir beantragen in einer der nächsten Jugendhilfeausschusssitzungen stationäre Jugendhilfemaßnahmen ausführlich darzustellen und über die Lösungswege und –erfolge zu berichten.

A 12: Wir beantragen, die aktuelle Situation zur Suchtprävention darzustellen und über die Weiterentwicklung der psychosozialen Begleitung von Substituierten zu berichten.

A 13: Wir beantragen, den Kreisjugendring im JHA berichten zu lassen, welche Projekte entwickelt und welche Projektmittel akquiriert werden konnten.



- A 14:** Wir beantragen zu prüfen, ob für den Landkreis ein „Sozialkompass“ (Wegweiser für die Beratung von Kindern, Jugendlichen und Familien im Landkreis Göppingen) entwickelt werden kann und welche personellen und finanziellen Aufwendungen damit verbunden wären.
- A 15:** Wir beantragen im Herbst einen ersten Erfahrungsbericht über das neue Abfallwirtschaftskonzept, vor allem über die Einführung des Biobeutels.
- A 16:** Wir beantragen einen Klimaschutzbericht GP 2015, der auch die Umsetzung des Konzeptes (finanzielle Aufschlüsselung der Maßnahmen) beinhaltet.
- A 17:** Wir beantragen einen Bericht über den aktuellen Stand der Umsetzung der Grüngutkonzeption (u.a.: Standorte der verschiedenen Plätze, Ergebnisse der Gespräche mit den Städten und Gemeinden)
- A 18:** Wir erneuern unseren Antrag, die unterschiedlichen Kosten für Sammelplätze und für Grüngutplätze im Landkreis zu erläutern sowie einen Kostenvergleich mit Nachbarlandkreisen durchzuführen.
- A 19:** Wir beantragen für die Planfeststellung der A 8, mit den betroffenen Gemeinden im oberen Filstal eine Stellungnahme auszuarbeiten.
- A 20:** Wir beantragen, zum Weiterbau der B 10
- einen „Datenabgleich“ (vor allem bezüglich der unterschiedlichen Kosten bei Land und Bund) durchzuführen
 - ein Dringlichkeits-Gespräch vor Ort mit Vertretern von Bund und Land durchzuführen
 - mit den Abgeordneten, der Bürgeraktion, den Städten und Gemeinden sowie dem Kreistag weitere Maßnahmen zu besprechen und zu koordinieren.
- A 21:** Wir beantragen, die Verhandlungen mit dem Land zu den Qualitätskriterien für ein SPNV-Angebot im Filstal mit folgender Zielsetzung zu führen:
- Nahverkehr mit S-Bahn-Qualität
 - Durchbindung der RB bis Geislingen
 - Halbstundentakt (im Kreis und aus bzw. in den Kreis)
- Und dem UVA regelmäßig über den aktuellen Stand zu berichten.
- A 22:** Wir wiederholen unseren Antrag, den wir bei den Beratungen zum Haushalt 2014 gestellt haben:
Wir beantragen einen Nahverkehrsplan mit einem Finanzierungskonzept sowie eine (zeitliche) Priorisierung der Maßnahmen durch die Verwaltung.
- A 23:** Wir beantragen beim Teilhaushalt 07 „Bauen, Planung und Umwelt“ eine Darlegung der einzelnen Aufwendungen bei 51.10.06 sowie bei 51.10.07.
- A 24:** Wir beantragen, den UVA zu informieren, ob die Umgestaltung des LGVFG Auswirkungen für den Landkreis Göppingen hat – und wenn ja, in welchem Umfang?
- A 25:** Wir beantragen, die Effizienzrendite von IMAKA aufzuzeigen.



-
- A 26:** Wir verweisen auf unseren Antrag vom April dieses Jahres.
2015 werden es 25 Jahre, dass die beiden Landkreise Löbau (jetzt Görlitz) und Göppingen eine Partnerschaft eingegangen sind.
Wir bitten um einen Vorschlag, wie und wann auf miteinander auf die Zusammenarbeit und Partnerschaft der beiden Landkreise eingegangen wird.
- A 27:** Wir beantragen einen unveränderten Hebesatz bei der Kreisumlage von 37 Prozentpunkten.